

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3603

des Abgeordneten Michael Jungclaus

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/9101

Wortlaut der Kleinen Anfrage 3603 vom 22.5.2014:

### Verfassungsrechtliche Bedenken beim Landeswaldgesetz?

Der NABU Brandenburg hat im Juni 2013 die rechtsgutachterliche Stellungnahme „Rechtliche Rahmenbedingungen des Waldwegeneu- und -ausbaus nach der Betriebsanweisung des Landesbetriebs Forst Brandenburg vom 07. Februar 2012“ veröffentlicht.

Das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft hat hierauf mit einer eigenen Stellungnahme mit Datum vom 25.07.2013 reagiert, die den Mitgliedern des Ausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft am 10.09.2013 zugeleitet wurde. Hierin wird ausgeführt:

„Es ist das Bundeswaldgesetz, das die Nutzfunktion in § 1 BWaldG in den Vordergrund stellt. Das LWaldG sieht diese gleichrangig (verfassungsmäßig bedenklich, da unmittelbar geltendes Bundesrecht) mit der Folge, dass den Anforderungen der Nutzfunktion dann nachzukommen ist, wenn die anderen Funktionen (Schutz und Erholung) nicht unverhältnismäßig tangiert werden.“

Ich frage die Landesregierung:

1. In § 1 LWaldG wird die Bedeutung des Waldes für die Allgemeinheit ausführlich dargelegt. Dabei wird die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes im Gegensatz zum BWaldG vor der Nutzfunktion genannt. Auch Art. 39 der Landesverfassung unterstreicht die Bedeutung des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen als Pflicht des Landes und aller Menschen. Ist die Landesregierung nach wie vor der Auffassung, dass das LWaldG die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes in Brandenburg und die Nutzfunktion unterschiedslos als gleichrangig ansieht?
2. Ist die Landesregierung nach wie vor der Auffassung, dass den Anforderungen der Nutzfunktion dann nachzukommen ist, wenn die anderen Funktionen (Schutz- und Erholungsfunktion) nicht unverhältnismäßig tangiert werden? Anhand welcher Prüfmethode und Kriterien wird die Unverhältnismäßigkeit jeweils festgestellt und wer ist für die Prüfung und Entscheidung verantwortlich?

3. § 1 BWaldG erwähnt als erstes den wirtschaftlichen Nutzen des Waldes und erläutert nachfolgend im gleichen Wortlaut wie im Landeswaldgesetz die Schutz- und Erholungsfunktion. Woraus ergibt sich die in der Stellungnahme des MIL dargestellte Auslegung von § 1 BWaldG, die die Nutzfunktion in den Vordergrund stellt? Wenn das die Intention des Bundesgesetzgebers war, wo ist dies begründet?
4. Wie bewertet die Landesregierung die verfassungsrechtlichen Zusammenhänge und hält die Landesregierung § 1 LWaldG nach wie vor für verfassungsrechtlich bedenklich?
5. Sieht die Landesregierung verfassungsrechtliche Bedenken auch unter Berücksichtigung des § 5 BWaldG, der die Vorschriften des BWaldG im Kapitel II nur als Rahmenvorschriften für die Landesgesetzgebung ansieht?
6. Wie bewertet die Landesregierung die Vorbildfunktion des Landeswaldes? In welchem Umfang wird die oberste Forstbehörde der Gleichrangigkeit von Schutz- und Erholungsfunktion sowie Nutzfunktion gerecht?
7. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die Landesforstverwaltung der Schutz- und Erholungsfunktion ausreichend nachkommt und zumindest eine Gleichrangigkeit gewährleistet wird?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

In § 1 LWaldG wird die Bedeutung des Waldes für die Allgemeinheit ausführlich dargelegt. Dabei wird die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes im Gegensatz zum BWaldG vor der Nutzfunktion genannt. Auch Art. 39 der Landesverfassung unterstreicht die Bedeutung des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen als Pflicht des Landes und aller Menschen. Ist die Landesregierung nach wie vor der Auffassung, dass das LWaldG die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes in Brandenburg und die Nutzfunktion unterschiedslos als gleichrangig ansieht?

Zu Frage 1:

Ja.

Frage 2:

Ist die Landesregierung nach wie vor der Auffassung, dass den Anforderungen der Nutzfunktion dann nachzukommen ist, wenn die anderen Funktionen (Schutz- und Erholungsfunktion) nicht unverhältnismäßig tangiert werden? Anhand welcher Prüfmethode und Kriterien wird die Unverhältnismäßigkeit jeweils festgestellt und wer ist für die Prüfung und Entscheidung verantwortlich?

Zu Frage 2:

Ja, so sind die §§ 1 Bundeswaldgesetz (BWaldG) und Landeswaldgesetz (LWaldG) zu verstehen. Da sie allerdings lediglich programmatischen Charakter besitzen, sind sie aus sich selbst heraus nicht justizierbar. Sie müssen zuvor eine Konkretisierung erfahren, beispielsweise im § 8 oder § 26 LWaldG. Daraus ergibt sich dann die jeweilige Zuständigkeit (hier im Beispiel die untere Forstbehörde). Solange sind sie als Interpretations- und Abwägungshilfe zu verstehen und bedürfen eines konkreten Anwendungsgrundes im Einzelfall.

Frage 3:

§ 1 BWaldG erwähnt als erstes den wirtschaftlichen Nutzen des Waldes und erläutert nachfolgend im gleichen Wortlaut wie im Landeswaldgesetz die Schutz- und Erholungsfunktion. Woraus ergibt sich die in der Stellungnahme des MIL dargestellte Auslegung von § 1 BWaldG, die die Nutzfunktion in den Vordergrund stellt? Wenn das die Intention des Bundesgesetzgebers war, wo ist dies begründet?

Frage 4:

Wie bewertet die Landesregierung die verfassungsrechtlichen Zusammenhänge und hält die Landesregierung § 1 LWaldG nach wie vor für verfassungsrechtlich bedenklich?

Zu Frage 3 und 4:

Die Aufzählung der drei Hauptfunktionengruppen erfolgte 1991 im LWaldG in anderer Reihenfolge als im BWaldG seinerzeit im Jahre 1975. Daraus könnte man den Schluss ziehen, dass hierin ein Hinweis auf die Reihenfolge der Bedeutung zu sehen sein soll. In der Kommentarliteratur finden sich allerdings überwiegend Interpretationen, die von einer Gleichrangigkeit der Waldfunktionen ausgehen. Verfassungsrechtliche Bedenken werden nicht gesehen, da beide Gesetze im Tenor in dieselbe Richtung zielen und dem jeweiligen § 1 der Waldgesetze eine deklaratorische Funktion zukommt. Alle drei Ziele müssen gleichermaßen beachtet werden, so dass die Landesregierung § 1 LWaldG für verfassungsgemäß hält.

Frage 5:

Sieht die Landesregierung verfassungsrechtliche Bedenken auch unter Berücksichtigung des § 5 BWaldG, der die Vorschriften des BWaldG im Kapitel II nur als Rahmenvorschriften für die Landesgesetzgebung ansieht?

Zu Frage 5:

Nein.

Frage 6:

Wie bewertet die Landesregierung die Vorbildfunktion des Landeswaldes? In welchem Umfang wird die oberste Forstbehörde der Gleichrangigkeit von Schutz- und Erholungsfunktion sowie Nutzfunktion gerecht?

Zu Frage 6:

Der Landeswald ist nach § 26 Abs. 1 Satz 2 LWaldG vorbildlich und nachhaltig unter vorrangiger Beachtung der Schutz- und Erholungsfunktion zu bewirtschaften. Dieses setzt die Landesregierung in strategischen Programmen und Zielen sowie in der konkreten Gestaltung der Landeswaldbewirtschaftung um. Auf der Grundlage des Waldprogramms 2011, das den Schutz des Waldes in Bezug auf den Klimawandel, die biologische Vielfalt, den Bodenschutz und den Wasserhaushalt besonders betont, ist mit der Waldvision 2030 ein strategisches Zielsystem für den Landeswald entwickelt worden. Dieses integrierende Waldmanagementkonzept legt den Fokus dabei sowohl auf die Struktur der Waldbestände selbst als auch auf den Waldboden und die eigentliche Waldnutzung in Form von Holz und Wild bei weitgehender Ausnutzung natürlicher Prozesse. Arten- und Biotopschutz aber auch die Erholungsfunktion erfahren in der Waldvision 2030 mit eigenständigen Kapiteln eine umfassende Betrachtung und damit eine zentrale Ausrichtung funktionsorientierten Waldmanagements. Die in den fünf dargestellten Handlungsgrundsätzen genannten Aspekte werden durch konkrete operationalisierte und damit auch nachprüfbare Maßnahmen ergänzt.

Frage 7:

Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die Landesforstverwaltung der Schutz- und Erholungsfunktion ausreichend nachkommt und zumindest eine Gleichrangigkeit gewährleistet wird?

Zu Frage 7:

Jede Waldfläche dient grundsätzlich dem Schutz, der Nutzung und der Erholung gleichermaßen. Durch eine ordnungsgemäße forstliche Bewirtschaftung können diese Anforderungen an den Wald in der Regel gewährleistet werden. Da die Bedeutung des Waldes als natürliche Lebensgrundlage (z. B. Natura 2000) sowie für die Erholung der Bevölkerung deutlich zugenommen hat, haben einige Waldflächen eine besondere Bedeutung erhalten. Im Rahmen der Waldfunktionenkartierung erfasst die Forstverwaltung flächenbezogen die besonderen Schutz- (u. a. Wasserschutz-, Naturschutz-, Bodenschutz-, Lärmschutz-) und Erholungsfunktionen und wirkt auf eine waldfunktionengerechte Bewirtschaftung, z. B. durch Beratung der Waldbesitzer oder Förderung, hin.